Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 1,50 Złoty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Mittwoch und Sonnabend. **Geschäftsstelle:** Pleß, ul. Piastowska 1

Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 4-gespaltene mm-Zeile für Polnisch-Oberschlesien 7 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Post-Sparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 74. Sonnabend, den 22. September 1934. 83. Jahrgang.

Um das Minderheitenschutzrecht

Polen verzichtet auf Abstimmung

Graf Raczynski, der Vertreter Polens in der politischen Kommission der Völkerbundsversammlung hat auf eine Abstimmung über den Antrag auf Verallgemeinerung des Minderheitenschutzrechtes verzichtet.

Die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens wiederholten im wesentlichen den von ihren Delegationen in der Versammlung bereits verkündeten Standpunkt der Ablehnung einer Verallgemeinerung der Minderheitenschutzbestimmungen. Die Erklärungen Edens, Massaglis und Aloisis lauteten völlig übereinstimmend. Sie betonten, daß die bestehenden Verträge sich auf bestimmte Verhältnisse und Probleme bezögen und nicht auf andere Staaten ausgedehnt werden könnten. Uebereinstimmend verwiesen die Vertreter der drei Großmächte darauf, daß die bestehenden Verträge und das Verfahren ja mit der Mehrheit des Rates geändert werden könnten. Damit ist der polnischen Regierung der Weg gezeichnet auf eine Abänderung Bestimmungen zu erreichen.

Der Vertreter Polens verband mit der Ankündigung, daß er angesichts der augenblicklichen Situation und der Unmöglichkeit, die vorgeschriebene Einigkeit zu erlangen, auf die Abstimmung verzichte, die Erklärung, daß Polen unerschütterlich an der grundsätzlichen Forderung der Verallgemeinerung festhalte.

Der eiserne Besen

Aufsehenerregende Verhaftungen in Warschau

Freitag vormittags wurden in Warschau zwei aufsehenerregende Verhaftungen vorgenommen. Im Auftrage der Warschauer Staatsanwaltschaft wurden in ihren Wohnungen der vor einigen Tagen aus dem parlamentarischen Klub des Regierungsblocks ausgeschlossene Abgeordnete Idzikowski und der Vizedirektor des Steuerdepartements im Finanzministerium Michalski, der am Mittwoch plötzlich von seinem Amt dispensiert wurde, verhaftet. In ihren Wohnungen wurden eingehende Durchsuchungen vorgenommen. Idzikowski wird beschuldigt, sein Abgeordnetenmandat mißbraucht zu haben, indem er für Interventionen bei den Behörden hohe Bestechungsgelder von Industriellen und Gewerbetreibenden sich bezahlen ließ. Michalski, der im Zusammenhang mit der Idzikowski-Affäre verhaftet wurde, werden finanzielle Mißbräuche in der Höhe von etwa einer halben Million Zloty zur Last gelegt.

Die zerbrochene „Reichskirche"

Aus einer Zuschrift aus dem Reich entnehmen wir folgendes:

Die offizielle Kirche, die Staatskirche, ist zu einer Untertanin der nationalsozialistischen Weltanschauung geworden, deren eifrigster Verfechter der Rechtswalter der Reichskirche, Dr. Jäger, ist. Das Wort von der vollzogenen Einigung der deutschen Kirchen in der Reichskirche, zu der sich nur noch die Kirchen von Bayern, Württemberg und die Hannoversch-Reformierte Kirche nicht bekennen, entspricht längst nicht der wirklichen Sachlage. Wäre die Unterstellung der mehr als zwei Dutzend Landeskirchen unter die Reichskirche bei voller Wahrung der Gewissensfreiheit aller führenden Geistlichen und Protestanten ohne Gewalt zur Wahl gestellt worden, so hätte bis auf den heutigen Tag noch nicht eine dieser Kirchen sich in die Reichskirche eingegliedert. Möge ein Beispiel diese Behauptung erläutern.

Die Kirche von Kurhessen hat sich „offiziell und freiwillig" eingegliedert. Der Verlauf ist folgender: Die Mehrheit der kurhessischen Synode lehnte die Eingliederung ab. Daraufhin hielt der Rechtswalter Jäger mit der **Minderheit** eine Sitzung ab, konstituierte diese als Synode und beschloß die Eingliederung. Als dann der kurhessische Kirchenpräsident die Eingliederung immer noch ablehnte, wurde mit Hilfe der Polizei die Räumung der kirchenbehördlichen Gebäude durchgeführt. Damit war die Eingliederung vollzogen. Im lutherischen Bistum Hannover (zu unterscheiden von der Hannoversch-Reformierten Kirche) hat die Synode, die von den widerstrebenden Elementen vorher „gesäubert" war, ebenfalls die Eingliederung beschlossen. Der Beschluß wird aber nur durch die Gegenzeichnung des Hannoverschen Bischofs gültig. Dieser verweigert sie. Trotzdem ist die offizielle Eingliederung verkündet.

In diesem Zusammenhang sei hier Klarheit über die Vorgänge in der letzten so viel besprochenen Nationalsynode in Berlin gegeben, in der so wesenswichtige Beschlüsse gefaßt worden sind, wie: Unumschränkte Gewalt der obersten Führung, keine Abstimmung mehr in der Nationalsynode bei künftigen Beschlüssen sondern nur noch „Aussprache", Vereidigung aller Geistlichen auf die nationalsozialistische Weltanschauung, Abschaffun aller kirchlichen Fahnen. Durch ein Kirchengesetz vom 7. Juli hatte der Reichsbischof sich die Vollmacht gegeben, die Mitglieder der Nationalsynode, die nicht „willig und bereit" waren, zu entfernen. Trotzdem die gesamte Nationalsynode anfangs nur aus Anhängern der neuen Kirchenrichtung bestand, war auch in ihren Reihen bereits der Unwille über die kirchliche Entwicklung äußerst stark geworden. Nach der im vorigen Jahr gegebenen Reichskirchenverfassung, die man allgemein für rechtskräftig und rechtsverbindlich hielt, war für alle Beschlüsse der Synode eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich. Da nun diese Zweidrittel-Mehrheit nicht mehr bei der jetzigen Nationalsynode in Berlin im Sinne der Kirchenführung aufzubringen war, wurde mit Hilfe des Gesetzes vom 7. Juli eine Säuberung der Synode vorgenommen. Mit anderen Worten: von 60 Mitgliedern der Synode wurden rund 20 entlassen; und zwar, obwohl sie 1933 mit 6 jähriger Gültigkeit für ihre Aemter gewählt worden waren. Alle 20 hätten gegen die Beschlüsse der Reichskirchenführung gestimmt. Sie wurden durch „kirchentreue Männer" ersetzt. Aber es ereignete sich auf der Synode trotz aller Vorsichtsmaßnahmen noch etwas ganz Unerwartetes. Es stimmten trotz der Entfernung der 20 noch 11 weitere Synodale gegen die Kirchenführung. In Wirklichkeit — wenn die Nationalsynode rechtmäßig zusammengetreten wäre — hätten also nicht weniger als 31 Synodale von 60 gegen den Reichsbischof gestimmt. Dieses Ergebnis innerhalb einer Synode, die noch vorkurzem als völlig dem Bischof ergeben galt, ist kennzeichnend für die Lage. Professor Fezer, Tübingen, der im vorigen Jahr den Reichsbischof ausgerufen hat, ist unter den 20 Ausgestoßenen. Eine Sensation war es auch, als der Rechtswalter Jäger auf der Nationalsynode unter dem Druck der Opposition zugeben mußte, daß „einige Eingliederungen nicht rechtmäßig geschehen seien."

Der Pfarrernotbund (der Bund der oppositionellen Geistlichen) und die Evangelische Gemeindebewegung (der Zusammenschluß von Geistlichen und Gläubigen) sind jetzt endgültig im ganzen Reich zu der sogenannten **Bekenntnisgemeinschaft** verschmolzen. Diese Gemeinschaft hat ihr Zentralbüro nach Bad Oenhausen in Westfalen verlegt. Superintendent Dr. Koch, der Präses der Barmer Bekenntnissynode (in Barmen trat bekanntlich vor einigen Wochen die Gesamtheit aller oppositionellen Geistlichen und Gläubigen als Barmer Bekenntnissynode im Gegensatz zur Nationalsynode zusammen) steht

mit dem Altonaer Pfarrer Asmussen und dem Leipziger Rechtsanwalt Dr. Fiedler an der Spitze der Bewegung. Westfalen ist, soweit Nord- und Mitteldeutschland in Frage kommt, der günstigste Boden für die Bekenntnissynode; wenngleich die äußeren Hemmungen gerade in Preußen am stärksten sind. Die Bewegung zeigt hier eine große Klarheit und Einmütigkeit. Allerdings steht Süddeutschland in keiner Weise nach. Bayern und Württemberg sind für die Bekenntnisfront voll kommen gesichert. Die Bischöfe Meiser und Wurm sind trotz ihrer Absetzung entschlossen, den Kampf bis zu Ende zu kämpfen, sie werden sich auch im Falle ihrer Verhaftung als die rechtmäßigen Bischöfe ausgeben. Niemand zweifelt daran, daß beide Länder hinter ihnen stehen. In Großpreußen ist die Lage zur Stunde insofern schwieriger, als hier manche Pfarrer zunächst einmal aus ihrer Gemeinde, dann aus dem Landkreis und schließlich aus dem Regierungsbezirk verwiesen werden, sodaß ihnen keine Möglichkeit der Tätigkeit mehr bleibt. Vor allem auch in den Ostprovinzen.

Das Büro der Bekenntnisgemeinschaft in Bad Oenhausen verfiel bereits einmal der Beschlagnahme der Geheimen Staatspolizei. Im mittleren Deutschland hält man seit Wochen, da die Kirchen der Bekenntnisfront ja nirgends in Deutschland offenstehen, viele, reich besuchte Hausversammlungen ab. Seit dem 1. September hat eine verstärkte Aktion eingesetzt, um das ungewöhnlich schwierige Terrain in Mitteldeutschland aufzulockern und zu beackern. Von nun an werden regelmäßig Sonntag Vormittag in großen Stadtsälen Gottesdienste abgehalten, solange sie nicht aus „Gründen der öffentlichen Sicherheit" verboten werden.

Von den insgesamt 16 000 Pfarrern stehen noch etwa 12 Prozent hinter der Reichskirchenführung, während sämtliche übrigen entweder eindeutig der Bekenntnisfront angehören, oder eine neutrale, beobachtende Stellung einnehmen. Beachtlich ist auch die Stellung der Bekenntniskirche zur Weltanschauung des Nationalsozialismus. Vor Jahresfrist wurde von der überwiegenden Mehrheit der kirchlichen Opposition betont, daß sie sich unbeschadet ihrer kirchlichen Sonderstellung, doch ganz in den Dienst des Nationalsozialismus als der beherrschenden Macht des Staates stelle. Heute ist die Abkehr der Bekenntnisfront vom Nationalsozialismus eine vollzogene Tatsache.

Das Hauptproblem der Pfarrer bildet naturgemäß die Gewinnung des Volkes. Und hier tritt die ganze Katastrophe, die über den Protestantismus Deutschlands hereingebrochen ist, in volle Erscheinung. Auf der einen Seite die Vereinigung aller Macht- und Propagandamittel in der Hand der Reichskirche und auf der anderen der dornenvolle Weg der Bekenntnisfront, die nur unter unsäglichen Hemmungen und im Verborgenen an die Massen herankam. Das Volk ist der größte Leidtragende in dieser Leidensstunde des Protestantismus. Sieht man von den Massen aus die Kirche an, so erfüllt sich hier das Wort von der zerbrochenen Kirche in einem Ausmaß, das nur der richtig ermessen kann, der sich die Mühe nimmt, mitten im Volke nicht nur die Vielheit der Zweifel, die Nöte der Gewissen und die Trostlosigkeit so vieler im Protestantismus ergrauter Menschen kennen zu lernen, sofern auch den Abgrund einer gewissen Glaubenslosigkeit, der sich auftut, nicht zu übersehen. Ganz in der Stille und im Verborgenen aber regen sich Kräfte des wirklichen, ganz uneigennützigen Glaubens, die nach der absoluten Wahrheit streben.

Das Oekumenische Konzil in Fanoe hatte die deutsche Bekenntnisfront mit ihrem Hauptführer Koch (und Bodelschwingh) eingeladen. Beide haben abgelehnt. Sie waren des Glaubens, daß ihr Auftreten vor dem Oekumenischen Rat, also vor Vertretern der ganzen Welt, vor einem Teil der öffentlichen Meinung zu sehr „p o l i t i s c h" ausgewertet werde. Deutschland hatte bislang den 4. Präsidentensitz im Rate inne. Dieser 4. Sitz ist auch diesmal für Deutschland freigehalten worden, und ein dänischer Kirchenführer fungierte als Vertreter. Man hat es abgelehnt, den Reichsbischof Müller in das Präsidium zu berufen.

Die Auffassung des Reichsbischofs

In einer Rede in Hannover begründete Reichsbischof Müller seine Stellung zum Nationalsozialismus und führte u. a. aus:

Bei seinem ersten Zusammentreffen mit dem Führer habe er sich gesagt, wenn der Nationalsozialismus zum Siege kommen, müsse unbedingt eine einige deutsche evangelische Kirche vorhanden sein. Man könne nicht von Gegnern dieses Gedankens sprechen, sondern höchstens

von Leuten, die immer noch nicht so recht begriffen haben,

um was es sich handele. In den äußerlichen Dingen habe der Staat das Recht, ja die Pflicht, einzugreifen, wenn die Kirche nicht von selbst in Ordnung komme. Der Führer wolle zweifellos das ganze Gedankengut des Nationalsozialismus zum Gesamteigentum des Volkes machen. Es sei heute doch so, daß man fordern müsse, daß jeder, auch derjenige, der den Nationalsozialismus noch nicht ganz verstehe, doch in seine Reihen treten müsse. Das müsse man auch in diesem Sinne von den Pastoren der Gemeinden verlangen. Sie müßten Kamerad, Freund und Berater ihrer Gemeinden sein, und wenn sie das nicht könnten, dann sollten sie abtreten. Der Redner kam dann auf die Judenfrage zu sprechen und

wandte sich gegen die Leute, die da sagten, Christus sei doch auch Jude gewesen.

Man müsse darauf immer erwidern, daß in jedem Volk stets der Mann, der ihm die Wahrheit sagte, umgebracht worden sei, zuletzt der Heiland selbst. Das Christentum sei nicht aus dem Judentum herausgewachsen, sondern in stetem Kampf mit ihm entstanden. Zum ersten Male seit christlicher Zeit habe nun ein Volk es gewagt, den Juden den Kampf anzusagen. In diesem Kampf müßten wir Christen zusammenstehen,

und wenn wir auch einmal ein halbes Jahr darben müßten.

Der Redner wandte sich dann spezielleren Fragen zu und erklärte, dem Buchstaben

DER WOLF VON OLSTENNA

Ein Abenteuerroman aus dem nördlichen Schweden von Ludwig Osten

22. Fortsetzung.

„Umsonst, Eli! Ich kenne Bärilak! Man nennt ihn auch den Stutzer, weil er mit peinlicher Eleganz gekleidet ist, wenn er nach Karskulla kommt. Aber . . . er ist kein Stutzer. Er ist schon das, was man von ihm sagt: der große Jäger. Ich habe gesehen, wie er einen Wolf nach Karskulla brachte, den er lebend gefangen hat. Er muß ungeheure Kräfte haben! Ich bin nicht schwach, aber ob ich ihm gegenüber bestehen kann, das ist noch die Frage."

„Du wirst dich vor ihm hüten!"

„Und ob ich das werde! Mir war das Leben noch nie so schön, nie kam es mir so begehrenswert vor wie jetzt . . .!

„Da das fremde Mädchen auf Schloß Olstenna weilt", vollendet der Propst.

„Ja, Eli. Du sprichst es aus. Aber sei ohne Sorgen. Hanna de Groot ist mir wie Bentham ein guter, ehrlicher Kamerad, sie ist keine Märtjä-Natur, sie bringt Frieden und Freude und nicht Verwirrung nach Olstenna."

„Ja!" stimmt ihm der Propst zu. „Ein guter Stern hat dich mit diesem Mädchen zusammengeführt, das ich ohne Sorgen für dich und sie unter diesem Dache weilen sehe. Sie hat klare Augen und ein gutes Herz."

*

Man hat den großen Radioapparat angestellt und nimmt die Tanzmusik vom Stokholmer Sender auf.

Hanna und die beiden Töchter der Frau Oberst tanzen mit Bentham, Ragnar und dem Hausherrn.

Die älteren Herrschaften schauen zu und tauschen dabei Jugenderinnerungen aus. Dr. Schjerin erzählt der Frau Oberst lose Jugendstreiche und findet eine aufmerksame Zuhörerin.

Ragnar Markollen ist ein ausgezeichneter Tänzer, das spürt Hanna, als sie jetzt mit ihm den Tango tanzt. Er ist etwas kleiner als sie, von großer Lebhaftigkeit, immer angeregt plaudernd.

Man hört ihm gern zu, die Stimme ist weich und angenehm, aber die dunklen lodernden Augen stören Hanna ebenso wie seine Komplimente, die sich wiederholen.

Irgend etwas stößt Hanna ab.

Beim Tanzen bemerkt sie, wie Bentham finstere Augen macht. Als ihr Blick den jungen Engländer trifft, da wird er heiterer, er winkt ihr zu und ruft: „Hanna darf ich um den nächsten Tanz bitten?"

Ragnar will sie nicht gern freigeben, er sagt, daß er auf den kommenden Tanz gerechnet habe, aber ruhig und bestimmt sagt Hanna: „Der Abend ist noch so lang." Sie hat die große Sicherheit, die sie ausgezeichnet, wiedergefunden, und Ragnar Markollen beugt sich ihrem Willen.

„Ich bin so glücklich, daß Sie in unsere Einsamkeit gekommen sind!" spricht er wieder. „Das Leben hier ist so schwer zu ertragen. Besonders, wenn man allein ist."

„Heiraten Sie doch, Baron, dann wird Ihnen die Einsamkeit leichter werden. Sicher gibt es manches Mädchen in diesem schönen Lannde, das gern Ihre Einsamkeit mit Ihnen teilen würde."

„Die Frau, die ich liebte, ist tot. Ich habe sie bis heute noch nicht vergessen. Ich glaube . . . Sie könnten mich sie vergessen lernen."

Ein heißer Blick trifft Hanna, die das Haar unmutig aus dem Gesicht streift. Die Erklärung des Mannes löst keine Freude in ihr aus, sie verschärft nur die Abneigung.

Ruhig spricht sie: „Lassen Sie uns vernünftig bleiben, lieber Freund."

*

Hanna spürt, daß Bentham auf den Baron Markollen eifersüchtig ist. Beim Tanz fragt er sie. „Wie gefällt Ihnen der Baron?"

Hanna schaut ihn lächelnd an. „Warum wollen Sie das wissen? Weil er mir Komplimente macht, die mir so wenig zu sagen haben?"

„Wirklich, Fräulein Hanna?"

„Ich glaube gar, lieber Bentham, Sie sind eifersüchtig."

(Fortsetzung folgt!)

nach seien alle Kirchen in die Reichskirche eingegliedert. Und wenn das Gesetz beschlossen sei, dann sei es eben beschlossen. Er fügte hinzu: „Ich sehe mir eine Sache solange an, wie ich es kann; wenn es aber nicht mehr geht, so soll man auch wissen, daß ich die Konsequenzen so hart ziehe, wie sie gezogen werden müssen.“ (Die Beharrlichkeit, mit der der Reichsbischof seine These, daß Christus nicht Jude gewesen ist, behauptet, ist doch erstaunlich. D. Red.)

Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes

Die Kleine Entente respektiert die bestehenden Verpflichtungen

In der Verhandlung der politischen Kommission der Völkerbundsversammlung über die Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes knüpfte der polnische Delegierte, Raczynski, an die Ausführungen Ministers Beck an und zitierte einige Erklärungen des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch, die als Rechtfertigung des polnischen Standpunktes angeführt werden können. Am Schlusse seiner Darlegungen führte Raczynski aus: Falls das System des Minderheitenschutzes ein Fortschritt ist, dann wird man es nicht nur auf einige Staaten beschränken können, was dem Prinzip der Gleichberechtigung aller Staaten widersprechen würde.

Der Vertreter Jugoslawiens erklärte, daß die Kleine Entente früher schon ihren Standpunkt zum Problem der Verallgemeinerung der Minderheitenschutzverpflichtungen dargelegt habe. Die Kleine Entente wünscht die Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes, sie beabsichtigt jedoch hierbei auch weiterhin die gültigen Verpflichtungen treu zu respektieren.

Die Pless-Beschwerde in Genf

Bildung eines Untersuchungs-Dreierausschusses

In der Donnerstagsitzung des Völkerbundsrates berichtete der Vertreter Spaniens, Madariaga, über die Beschwerde des Fürsten von Pleß wegen der gegen ihn durchgeführten Zwangsmaßnahmen. Madariaga schlug dem Völkerbundsrat vor, einen Dreierausschuß zur Untersuchung des Streitfalles zu bilden, an dem außer ihm noch die Vertreter Australiens und Mexikos teilnehmne sollen. Dieser Ausschuß müsse das Recht haben, sich in technischer Beziehung jede Hilfe zu sichern und jede Auskunft einholen zu können. Es müsse versucht werden, einen Ausgleich zu finden zwischen den souveränen Mächten eines Staates und den Wünschen einer Minderheit, die sich über eine Diskriminrung beschwere. Bei dieser schwierigen Frage könne er als Berichterstatter nicht allein handeln; er habe deshalb zwei Kollegen gebeten mit ihm die Petition des Prinzen von Pleß zu studieren.

Die Vorschläge Madriagas wurden ohne Aussprache angenommen. Der Vertreter Polens gab keine Erklärung ab.

Die praktische Auswirkung des Beschlusses des Völkerbundsrates muß abgewartet werden. Die inzwischen verhängte Zwangsverwaltung hält der Beschluß des Völkerbundsrates nicht auf. Wann die Beschwerde Pleß wieder auf der Tagung des Rates erscheinen wird, ist noch sehr ungewiß.

Heute rächt sich die in einigen europäischen Staaten systematisch verfolgte Taktik, den Völkerbund und seine Organe zu diskriminieren, im Ansehen der Oeffentlichkeit herabzusetzen und ihn durch passive Beteiligung so ohnmächtig zu machen, wie er es hier im Falle Pleß ist. Was im Falle Pleß noch erschwerend hinzutritt ist, daß der berufendste Anwalt in dieser Angelegeiheit, das Deutsche Reich, in Genf nicht mehr vertreten ist. Der pompöse Austritt des Reiches aus dem Völkerbund hat wohl die Gefühle befriedigt, im Bereich der Wirklichkeiten pflegt sich der Schaden erst hinterher einzustellen.

von Papen wieder in Wien.

Der deutsche Gesandte in Wien, von Papen, ist auf seinen Posten zurückgekehrt. Vor seiner Abreise nach Wien hatte von Papen eine Unterredung mit Reichskanzler Hitler.

Polen und Sowjetrußland.

In einem mit „Definition und Konstatierung“ überschriebenen Artikel berichtet die offiziöse Warschauer „Gazeta Polska“ einige Ungenauigkeiten in den Ansichten über die Zustimmung Polens zum Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund. Das Blatt schreibt, daß dieser Schritt Polens eine selbstverständliche Folge der gutnachbarlichen Beziehungen ist, die beide durch einen Nichtangriffspakt und andere bilaterale Verträge verbundenen Staaten pflegen. Die „G. P.“ erachtet solche bilaterale Verträge als wichtigere Grundlage einer guten Nachbarschaft als den Völkerbundspakt; zweiseitige Pakte seien auch wirksamer und praktischer als allgemeine. Die Kriege zwischen Mitgliedern des Völkerbundes zeigten dies deutlich. Auch die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland hätten sich während der gegenseitigen Mitgliedschaft im Völkerbund nicht gebessert. Im Gegenteil die Minderheitsprozedur des Völkerbundes habe diese Beziehungen ständig vergiftet. Viele Meinungsverschiedenheiten konnten erst dann gelöst werden, als sie vom Boden des Völkerbundes auf den Boden direkter Verhandlungen gebracht wurden. Es sei daher notwendig klar zu konstatieren, daß die Tatsache des Beitrittes Sowjetrußlands in den Völkerbund nicht bedeutet, daß sich Polen seiner bisherigen Grundlagen in den Beziehungen zu seinen Nachbarn zu Gunsten neuer Prinzipien begebe

Tausendmark-Schein-Fabrik.

Am 14. September 1934 wurden bei verschiedenen Postämtern des Deutschen Reiches Zahlkarten in Höhe von 4000 bis 5000 Mark aufgegeben. Die Geldbeträge wurden mit falschen Tausendmarkscheinen eingezahlt. Die Fälschung war so gut, daß die Falschscheine von den Postanstalten als echt angenommen wurden. Die Täter verstanden es, die eingezahlten Beträge am gleichen Tage in echten Scheinen von Postscheckkonten, die unter falschem Namen errichtet wurden, wieder abzuheben. Hierbei bedienten sie sich selbstverständlich der modernsten Verkehrsmittel wie Flugzeug, Auto, D-Züge, um die Auszahlungen in Empfang zu nehmen, bevor die Fälschung erkannt werden konnte.

Aus Pleß und Umgegned

Trebnitzwallfahrt des VdK. vom 14. bis 19. Oktober. Es haben sich schon so viele Teilnehmer gemeldet, daß der „VdK.-Sonderzug“ bereits gesichert ist. Tagesprogramm mit Abfahrts- und Ankunftszeiten erhalten die Teilnehmer rechtzeitig zugestellt. Die noch vorhandenen Plätze können bis zum 26. September gegen Einzahlung der Teilnehmergebühr belegt werden. Anmeldungen nenmen entgegen: Die Ortsgruppenvorsitzenden und die Geschäftsstelle des „Oberschlesischen Kurier“ in Chorzow, Kattowitz und Rybnik. Die Złotybeträge zur Umwechslung können bis spätestens 3. Oktober bei den Meldestellen und im Büro des VdK. Kattowitz, Powstancow 43, eingezahlt werden.

Das Abgeben der Verkehrskarten nicht vergessen! Bis zum 28. d. Mts., müssen alle Verkehrskarten mit dem Anfangsbuchstaben K zur Erneuerung für das Jahr 1935 im Polizeibüro des Magistrates abgegeben werden. — Vom 29. September bis 13. Oktober ist dann die Lauffrist der Verkehrskarten mit dem Anfangsbuchstaben L und M.

Registrierung des Jahrganges 1916. Bis Ende des Monats September müssen sich alle im Jahre 1916 geborenen männlichen Personen polnischer Staatsangehörigkeit zur Eintragung in die Stammrolle im Polizeibüro des Magistrates, Zimmer Nr. 9 in der Zeit von 8 bis 12 Uhr, melden. Wer die Meldung versäumt, kann mit einer Geldstrafe bis zu 500 zl oder Arreststrafe bis zu 6 Wochen bestraft werden.

Aufgeklärte Einbruchsdiebstähle. Im Zusammenhang mit den Einbruchsdiebstählen bei Josef Wojcik und Michael Piekarz in Alt-Berun, wobei die Einbrecher reiche Beute machen konnten, verhaftete die Polizei am Mittwoch als Täter insgesamt sieben Personen, darunter auch eine Frau, alle aus einer Ortschaft im Kreise Chrzanow. Sie wurden dem Gerichtsgefängnis in Nikolai zugeführt.

Das Gesetz über die landwirtschaftliche Entschuldung erscheint im November. Wie verlautet, werden die abschließenden Arbeiten an dem Text des Gesetzes über die landwirtschaftliche Entschuldung nicht vor Beginn des Monats Oktober abgeschlossen sein, sodaß mit der Veröffentlichung dieser Verordnung wohl noch einige Wochen wird abgewartet müssen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Gesetz am 1. November l. Js. in Kraft treten. Das Entschuldungsgesetz wird, wie verlautet, in eine Hauptverordnung und zahlreiche Einzelverordnungen zerfallen. Während in dem Hauptteil die allgemeinen Richtlinien und Gedankengänge des neuen Gesetzes enthalten sein werden, wird die Zusammenstellung der einzelnen Entschuldungsaktionen in einige zusätzlichen Verordnungen enthalten sein.

Gottesdienstordnung!

Katholische Gemeinde.

Sonntag, den 23. September, um 6.30 Uhr: stille hl. Messe; 7.30 Uhr: polnisches Amt mit Segen und polnischer Predigt; 9 Uhr: deutsche Predigt und Amt für verstorb. der Familie Machalica; 10.30 Uhr: polnische Predigt und Amt mit Segen.

Evangelische Gemeinde.

Sonntag, den 23. September, um 8 Uhr: deutscher Gottesdienst; 9,15 Uhr: polnische Abendmahlsfeier; 10.15 Uhr: polnischer Gottesdienst; nachmittags 4 Uhr: Bibelstunde im Waisenhaus in Altdorf.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt Walter Block, Pszczyna. Druck und Verlag: „Anzeiger für den Kreis Pless, Sp. z ogr. odp.“, Pszczyna, ul. Piastowska 1.

2-3 Zimmer-Wohnung
von pens. Eisenbahnbeamten
zu mieten gesucht
Ang. a. d. Geschäftsst. d. Bl.

1 Radio-Empfangsgerät
mit Lautsprecher und
1 Gasheizofen
ist billig zu verkaufen.
Daselbst sind auch
2 möbl. Zimmer
zu vermieten.
Zu erfragen **Mickiewicza 28**

Schöne
2-Zimmer-Wohnung
– Stube und Küche – per sofort
zu mieten gesucht.
Angebote unter G 100 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Richard Skowronek
Grenzwacht im Osten
Zwei Romane in einem Band.
Die beiden bekannten Skowronek-Romane.
„Sturmzeichen“ u. „Das große Feuer“ ungekürzt.
Ganzleinenband nur 6,25 zł.
Zu haben im
Anzeiger für den Kreis Pleß.

Paul Keller
Die vier Einsiedler
Paul Keller
ULRICHSHOF
Ganzleinen nur **6.25 zł.**
ANZEIGER FÜR DEN KREIS PLESS

Das Herren-Journal
Eine Zeitschrift für Mode, Gesellschaft und die angenehmen Dinge des Lebens
Anzeiger für den Kreis Pless.

Sommer-Fahrplan 1934 !!
Preis 1,20 Zloty erhältlich im
Anzeiger für den Kreis Pless

Soeben erschien:
Elite Winter 1935
Anzeiger für den Kreis Pless.

Die neuen ULLSTEIN-MODEN-ALBEN
Winter 1935
sind soeben eingetroffen! Viele hundert Kleider, Mäntel, Straßenanzüge, Einfaches und Elegantes für Vormittag, Nachmittag, Abend! Alles zum leichten Selbstschneidern
Zu haben bei
Anzeiger für den Kreis Pleß.

Berliner Illustrirte Zeitung
die meistgelesene und verbreitetste illustriete Zeitung — — — —
jetzt wieder erhältlich
Anzeiger für den Kreis Pleß

Trauerbriefe liefert schnell und sauber **Anzeiger für den Kreis Pleß.**

Pariser Mode
Die Wienerin
Modenschau
Record
Septemb. 1934 erschienen
ANZEIGER FÜR DEN KREIS PLESS

Inserieren bringt Gewinn!

MÄRCHENBÜCHER
BILDERBÜCHER
MALBÜCHER
KNABEN- UND MÄDCHENBÜCHER
Reichhaltige Auswahl. - Billigste Preise.
Anzeiger für den Kreis Pless

Praktische Damen- und Kindermoden
Frauenfleiß
Deutsche Modenzeitung
Der Bazar
Die elegante Mode
Frauenspiegel
Mode und Heim
Fürs Haus
Anzeiger für den Kreis Pleß